

Abg. Deussen-Dopstadt stellte zunächst komprimiert die Hintergründe für die Anträge von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. Sie unterstrich, dass es sich nur um Empfehlungen an den Finanzausschuss handeln könne, entsprechende Summen einzustellen.

Die Vorsitzende stellte die vorliegenden Anträge zur Diskussion. Abg. Eichner betonte, die Einrichtung einer weiteren Stelle beim Case-Management entspreche einem Antrag der SPD-Kreistagsfraktion, weshalb er den Antrag unterstütze. Gleiches gelte für den Antrag zur Einrichtung eines Runden Tisches. Den Antrag zur AWO-Wohnraumberatung würde er gerne ergänzen. Die Verwaltung möge bis zur Sitzung des Finanzausschusses prüfen, ob der vorgesehene Haushaltsansatz auskömmlich sei oder ggf. nachgebessert werden müsse.

Anmerkung:

Die Verwaltung hat im Haushalt insgesamt 67.000 € für die Wohnberatungsagentur der AWO eingestellt. Außerdem stehen Rücklagen aus dem Vorjahr zu Verfügung, um ein eventuelles Defizit der Wohnberatungsagentur der AWO ausgleichen zu können. Zur Höhe eines evtl. Defizits im Geschäftsjahr 2010 hat der Träger bislang trotz Nachfrage noch keine prüffähigen Unterlagen vorgelegt.

Abg. Kunert sicherte aus Sicht ihrer Fraktion eine wohlwollende Begleitung zu. Abg. Lamberty erbat eine Stellungnahme aus Sicht der Verwaltung zu diesen Anträgen. Auch hob er speziell im Hinblick auf das Case-Management hervor, dass höhere Ausgaben auf der einen Seite durch Einsparungen an anderer Stelle ausgeglichen werden müssten.

Ltd. KVD Allroggen nahm wie folgt Stellung hierzu: Eine personelle Verstärkung des Case-Managements garantiere nicht automatisch Einsparungen im Bereich der Hilfe zur Pflege, jedoch spreche nach den ersten Erfahrungen vieles dafür, dass durch den Einsatz der Case-Manager ein rechnerisch vorteilhafter Effekt eintrete und sich die Personalkosten refinanzieren würden. Dies habe auch die Gemeindeprüfungsanstalt ermittelt. Auf jeden Fall bedeute es eine Steigerung der Lebensqualität für die Betroffenen, wenn sie auch bei eintretender Pflegebedürftigkeit im privaten häuslichen Umfeld verbleiben könnten.

Ltd. KVD Allroggen betonte, dass es aus seiner Sicht wichtig und notwendig sei, über die vorhandenen Strukturen im Bereich der Seniorenarbeit nachzudenken und das Gespräch mit den kreisangehörigen Kommunen zu suchen.

Hinsichtlich der Wohnraumberatung wies Ltd. KVD Allroggen darauf hin, dass sich durch Personalkostensteigerungen aufgrund tarifvertraglicher Änderungen und durch die bisherige Weigerung der Landesverbände der Pflegekassen sowie der örtlichen Pflegekassen, die Finanzierung der Wohnraumberatung der Kostenentwicklung anzupassen, ein ständig steigendes Defizit ergeben habe. Auf Landesebene hätten Verhandlungen mit den Landespflegekassen ergeben, dass ein angemessener verstärkter Beitrag der Pflegekassen erreicht werden könne. Wenn dies geschehe, sei ein um 60.000 € angepasster Haushaltsansatz (insgesamt 67.000 €) für die Mitfinanzierung der Wohnraumberatung sinnvoll.

Anschließend bat die Vorsitzende um Abstimmung über die vorliegenden Anträge.